

**MAGISTRAT DER LANDESHAUPTSTADT ST. PÖLTEN**  
**Wasserwerk**

=====

**Verordnung**

des Magistrates der Landeshauptstadt St. Pölten, mit der nachstehende

**W a s s e r l e i t u n g s o r d n u n g**

gem. § 8 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 in der geltenden Fassung (i.d.g.F.) im Einvernehmen mit der Nö. Landesregierung erlassen wird.

**§ 1**

**Versorgungsbereich**

- (1) Der Versorgungsbereich des Wasserversorgungsunternehmens der Landeshauptstadt St. Pölten umfasst das Gemeindegebiet in den jeweiligen Grenzen.
- (2) Im Versorgungsbereich des Magistrats der Landeshauptstadt St. Pölten - Wasserwerk besteht Anschlusszwang. Der Wasserbedarf in Gebäuden mit Aufenthaltsräumen ist ausschließlich aus der Wasserversorgungsanlage des Wasserversorgungsunternehmens zu decken, sofern nicht eine Ausnahme vom Anschlusszwang nach Abs. 3 gegeben ist. Wer trotz bestehenden Anschlusszwanges seinen Wasserbedarf nicht aus der Wasserversorgungsanlage des Wasserversorgungsunternehmens deckt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird gem. § 12 Abs. 1 Z. 2 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.
- (3) Der Anschlusszwang besteht nicht für
  1. Liegenschaften, deren Wasserbedarf durch eine im Zeitpunkt der Inbetriebnahme der öffentlichen Wasserversorgungsanlage bereits bestehende eigene Wasserversorgungsanlage gedeckt wird, wenn deren Weiterbenutzung die Gesundheit nicht gefährden kann;
  2. Liegenschaften, deren Wasserbedarf nach Inbetriebnahme der öffentlichen Wasserversorgungsanlage aus einer eigenen Wasserversorgungsanlage gedeckt wird, wenn deren Benutzung die Gesundheit nicht gefährden kann; die Errichtung einer eigenen Wasserversorgungsanlage ist auf Antrag des Wasserversorgungsunternehmens von der Gemeinde zu untersagen, wenn diese den Bestand des Wasserversorgungsunternehmens in wirtschaftlicher Hinsicht bedrohen kann;
  3. Liegenschaften, deren Grenze vom nächstgelegenen Wasserhauptrohrstrang mehr als 50 m entfernt ist;
  4. Liegenschaften, deren Anschluss aus technischen Gründen nicht möglich ist oder nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten hergestellt werden kann;

5. Gewerbliche und industrielle Anlagen, Bergbauanlagen, landwirtschaftliche Betriebe sowie von einer Gebietskörperschaft betriebene Anstalten, soweit durch deren Belieferung der Wasserbedarf der anderen Liegenschaften unter Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit des Wasserversorgungsunternehmens nicht gedeckt werden kann;
  6. Gebäude mit Aufenthaltsräumen, für den Wasserbedarf zu Betriebszwecken, wenn die Nutzung einer eigenen Wasserversorgungsanlage die Gesundheit nicht gefährden kann.
- (4) Ist der Anschlusszwang strittig, so kann der Eigentümer der betroffenen Liegenschaft vom Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten - Wasserwerk eine bescheidmäßige Feststellung verlangen. Berufet sich der Eigentümer der Liegenschaft auf die Ausnahme vom Anschlusszwang im Sinne des Abs. 3 Z. 1, dann hat er den Nachweis darüber, dass die Weiterbenützung der bestehenden eigenen Wasserversorgungsanlage die Gesundheit nicht gefährden kann, durch einen entsprechenden Befund zu erbringen.

## **§ 2**

### **Anmeldung des Wasserbezuges**

- (1) Eigentümer von Liegenschaften, für die Anschlusszwang besteht, sind verpflichtet, den Wasserbezug mittels Anmeldebogen - dessen Vordruck einen Bestandteil dieser Verordnung bildet (Beilage 1) beim Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten - Wasserwerk zu melden.
- (2) Der Anmeldebogen ist dem Eigentümer der Liegenschaft zuzustellen und von diesem binnen zwei Wochen nach Zustellung dem Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten - Wasserwerk nachweislich zu übermitteln.
- (3) Die Nichtanmeldung oder nicht rechtzeitige Anmeldung des Wasserbezuges bildet eine Verwaltungsübertretung und wird gemäß § 12 Abs. 1 Z 3 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.
- (4) Eigentümer von Liegenschaften, für die Anschlusszwang nicht besteht, können an den Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten - Wasserwerk einen schriftlichen Antrag auf Anschluss an die Gemeindewasserleitung richten und um die Zusendung eines Anmeldebogens ersuchen.

## **§ 3**

### **Herstellung und Änderung der Hausleitung**

- (1) Die Hausleitung ist jener Teil der Wasserversorgungsanlage, der sich innerhalb der angeschlossenen Liegenschaft befindet. Wasserzähler gehören nicht zur Hausleitung (§ 8).
- (2) Die Herstellung oder Änderung der Hausleitung darf nur durch solche Personen erfolgen, die hiezu nach anderen gesetzlichen Vorschriften ausdrücklich befugt sind (z.B. Wasserleitungsinstallateure). Sie haben die einschlägigen baupolizeilichen

(insbesondere Nö. Bauordnung 1996, LGBl. 8200-0 i.d.g.F. und I. Abschnitt des Nö. Gemeindewasserleitungsgesetzes 1978, LGBl. 6930-0 i.d.g.F.) und wasserrechtlichen Vorschriften (Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl.Nr. 215/1959 i.d.g.F.) sowie die Bestimmungen über den Wasserbezug zu beachten und auf die Erkenntnisse der technischen und medizinischen Wissenschaft Bedacht zu nehmen.

Für den Versorgungsbereich der Landeshauptstadt St. Pölten erfolgt die Herstellung und Änderung der Hausleitung bis zum Wasserzähler ausschließlich durch das Wasserversorgungsunternehmen auf Kosten des Liegenschaftseigentümers.

- (3) Die Bedachtnahme auf die Erkenntnisse der technischen und medizinischen Wissenschaft nach Abs. 2 ist dann anzunehmen, wenn die Herstellung oder Änderung der Hausleitung nach Maßgabe der einschlägigen jeweils geltenden Ö-Normen erfolgt und andere, insbesondere baupolizeiliche Vorschriften nicht entgegenstehen.
- (4) Die Hausleitung darf mit einer anderen Wasserversorgungsanlage als der des Wasserversorgungsunternehmens nicht in Verbindung stehen.

Besteht eine Wasserversorgungsanlage auf der betreffenden Liegenschaft, dann ist ihr Bestehen durch Vorlage entsprechender Pläne ersichtlich zu machen.

- (5) Die Herstellung oder Änderung der Hausleitung ist unbeschadet bei Einholung einer baubehördlichen Bewilligung gemäß § 14 der Nö. Bauordnung 1996, LGBl. 8200-0 i.d.g.F., vom Eigentümer der Liegenschaft beim Magistrat der Landeshauptstadt St.Pölten - Wasserwerk schriftlich anzuzeigen. Erfolgt die Anzeige der Herstellung oder Änderung der Hausleitung wegen des Eintrittes des Anschlusszwanges (§ 1 Abs. 2) oder wegen Bewilligung des Anschlusses (§ 2 Abs. 4), so ist diese Anzeige mit der Anmeldung nach § 2 zu verbinden. In der Anzeige sind Name und Wohnadresse des Eigentümers der Liegenschaft und der Zweck der Hausleitung anzugeben. Außerdem ist eine technische Beschreibung, insbesondere über Querschnitte der Rohrleitungen sowie die Anzahl und Größe der vorgesehenen Ausläufe, der angeschlossenen Geräte und des sonstigen Zubehörs vorzulegen.

## **§ 4**

### **Erhaltung der Hausleitung**

- (1) Der Eigentümer der Liegenschaft hat bei Schäden an der Hausleitung für deren sachgemäße Behebung ohne Aufschub zu sorgen und bei Rohrbrüchen überdies unverzüglich die Anzeige an das Wasserversorgungsunternehmen zu erstatten.
- (2) Wer die Hausleitung nicht gemäß der Wasserleitungsordnung herstellt, erhält oder festgestellte Mängel nicht behebt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird gemäß § 12 Abs. 1 Z. 5 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.

## **§ 5**

### **Überwachung der Hausleitung**

- (1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Herstellung und Änderung der Hausleitung zu überwachen, sich von der ordnungsgemäßen Herstellung und Änderung zu überzeugen und die Behebung der Schäden anzuordnen.

- (2) Der Eigentümer der Liegenschaft und der Wasserbezieher haben zum Zwecke der Überwachung der Hausleitung den Organen des Wasserwerkes und deren Baubeauftragten das Betreten der Liegenschaft zu gestatten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Wer den Organen des Wasserwerkes und deren Beauftragten das Betreten der Liegenschaften verweigert oder der Auskunftspflicht nicht nachkommt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird gemäß § 12 Abs. 1 Z.4 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.

## **§ 6**

### **Wasserbezug**

- (1) Aus der Hausleitung darf Wasser nur zu dem in der Anmeldung angeführten Zwecke entnommen werden. Es ist insbesondere untersagt, den nur für Haushaltszwecke angemeldeten Wasserbezug auch auf gewerbliche oder andere Zwecke auszudehnen oder Wasser an Bewohner anderer, außerhalb des Versorgungsbereiches gelegenen Liegenschaften entgeltlich oder unentgeltlich abzugeben.
- (2) Der Wasserbezug darf das vom Wasserwerk zugelassene Ausmaß nicht überschreiten.
- (3) Wer Wasser über das von der Behörde zugelassene Maß oder nicht zu dem zugelassenen Zweck entnimmt, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird gemäß § 12 Abs. 1 Z. 6 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.

## **§ 7**

### **Einschränkung des Wasserbezuges**

- (1) Der Magistrat der Landeshauptstadt St.Pölten - Wasserwerk kann den Wasserbezug unterbrechen oder auf das unbedingt notwendige Maß beschränken, wenn dies wegen Wassermangels, Betriebsstörungen, Durchführung betriebsbedingter Arbeiten, behördlicher Verfügungen oder anderer unabwendbarer Ereignisse, erforderlich ist.
- (2) Die Einschränkung des Wasserbezuges ist vom Magistrat der Landeshauptstadt St.Pölten - Wasserwerk rechtzeitig kundzumachen. Die Kundmachung ist nicht nur im betroffenen Teil des Versorgungsbereiches, sondern jedenfalls auch beim Magistrat an der Amtstafel vorzunehmen.  
Die Kundmachung der Einschränkung des Wasserbezuges hat auch in der für Verlautbarungen des Wasserversorgungsunternehmens vorgeschriebenen oder vorgesehenen Weise zu erfolgen.
- (3) Der Magistrat der Landeshauptstadt St.Pölten - Wasserwerk kann durch Bescheid den Wasserbezug auf die Deckung des im gesundheitlichen Interesses unumgänglich notwendigen Bedarfes beschränken, wenn
  1. die Hausleitung nicht gemäß §§ 3, 4 und 5 Abs. 1 hergestellt oder erhalten wird oder festgestellte Mängel nicht innerhalb einer vom Magistrat der Landeshauptstadt St.Pölten - Wasserwerk zu bestimmenden angemessenen Frist behoben werden;

2. Wasser entgegen den Bestimmungen des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., und dieser Wasserleitungsordnung oder den auf Grund derselben getroffenen Verfügung entnommen wird;
3. die Hausleitung ohne vorherige Anmeldung geändert wird.
- (4) Die Einschränkung nach Abs. 3 ist unverzüglich aufzuheben, wenn der Grund für ihre Verfügung weggefallen ist.
- (5) Zuwiderhandlungen gegen verfügte Einschränkungen werden gemäß § 12 Abs. 1 Z. 7 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.

## § 8

### Wasserzähler

- (1) Der Wasserbezug aus der Wasserversorgungsanlage der Landeshauptstadt St. Pölten hat gemäß dem Nö. Gemeindewasserleitungsgesetz 1978, LGBl. 6930-0 i.d.g.F., über Wasserzähler zu erfolgen. Diese sind je nach den örtlichen Gegebenheiten entweder in die Anschlussleitung oder in die Hausleitung einzubauen. Sie sind vom Magistrat der Landeshauptstadt St. Pölten - Wasserwerk beizustellen und verbleiben in ihrem Eigentum.  
Die Kosten des Einbaues hat der Eigentümer der Liegenschaft zu tragen. Er ist auch verpflichtet, die erforderlichen Arbeiten zu dulden und die zum Schutze des Wasserzählers erforderlichen Einrichtungen auf seine Kosten instandzuhalten. Die Kosten für den Einbau des Wasserzählers sind dem Eigentümer der Liegenschaft mit Abgabenbescheid vorzuschreiben.
- (2) Der Wasserzähler wird vom Wasserversorgungsunternehmen beigestellt, dieser ist möglichst unmittelbar nach der Liegenschaftsgrenze einzubauen.
- (3) Vor und nach dem Wasserzähler sind Absperrventile anzuordnen. Das Absperrventil in der Durchflussrichtung nach dem Wasserzähler ist mit einer Entleerungsvorrichtung zu versehen.  
Aufgrund der Trinkwasserverordnung BGBl. II Nr. 304/2001 und der ÖNORM EN 1717 ist eine Sicherheitseinrichtung in Form eines kontrollierbaren Rückflussverhinderers nach dem Wasserzähler einzubauen.
- (4) Der Liegenschaftseigentümer hat den Wasserzähler nach Anordnung des Wasserversorgungsunternehmens in einen verschließbaren Schacht, in eine Mauernische oder einen Behälter anderer Art in waagrechter Lage so einbauen zu lassen, dass er gegen Beschädigung, Verschmutzung, Frost und andere Gefahren geschützt ist und so zu erhalten, dass er jederzeit ohne Schwierigkeiten abgelesen und ausgewechselt werden kann.
- (5) Ist der Einbau des Wasserzählers unmittelbar nach der Liegenschaftsgrenze nicht zweckmäßig, so kann das Wasserversorgungsunternehmen den Einbau an einer anderen geeigneten Stelle genehmigen, sofern die Leitungslänge zwischen Liegenschaftsgrenze und Wasserzähler 10 m nicht übersteigt.

- (6) Wird vom Eigentümer der Liegenschaft die Messgenauigkeit des Wasserzählers angezweifelt, so ist dieser vom Wasserversorgungsunternehmen auszubauen und einer Nacheichung zuzuführen. Ergibt die Eichung, dass die Messgenauigkeit des Zählers innerhalb der zulässigen Fehlergrenze liegt, so hat der Eigentümer der Liegenschaft die Kosten der Nacheichung sowie alle anfallenden Montagekosten und Spesen zu tragen.

## § 9

### **Strafbestimmungen**

Eine Verwaltungsübertretung begeht außer den bereits erwähnten Übertretungen gemäß § 12 Abs. 1 Z. 8 und 9 des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., ferner, wer zur Wasserversorgungsanlage der Landeshauptstadt St.Pölten des Wasserversorgungsunternehmens gehörende Teile eigenmächtig betätigt, ändert oder beschädigt, oder wer in der Wasserleitungsordnung festgesetzten sonstigen Verpflichtungen nicht nachkommt; er wird von der Bezirksverwaltungsbehörde gemäß § 12 Nö. Wasserleitungsanschlussgesetz 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., bestraft.

## § 10

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Die Wasserleitungsordnung wird mit dem Monatsersten rechtswirksam, welcher am Tag der Kundmachung zunächst folgt.
- (2) Gleichzeitig mit dem Wirksamwerden dieser Wasserleitungsordnung tritt die bisher in Geltung gewesene Wasserleitungsordnung außer Kraft.
- (3) Die nach den bisher in Geltung gestandenen Rechtsvorschriften errichteten Hausleitungen gelten als im Sinne des Nö. Wasserleitungsanschlussgesetzes 1978, LGBl. 6951-0 i.d.g.F., hergestellt.“

St. Pölten, am 24.11.2004